

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 7 / 61. Jahrgang, Montag, 8. März 2010

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey



Unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Beck kam das Kabinett mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der Industrie- und Handelskammern im Mainzer Gästehaus der Landesregierung zusammen. Foto: Stefan Sämmer

Rheinland-Pfalz ist ein „Markenartikel“

Kabinett sprach mit Industrie- und Handelskammern über Zukunft des Wirtschaftsstandorts

Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz - das war das zentrale Thema des Gesprächs des Kabinetts mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der Industrie- und Handelskammern unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Beck.

Die gemeinsamen Gespräche haben eine gute Tradition. IHK-Präsident Peter Adrian (Trier) als Sprecher der Kammern sprach von einer „sehr guten Kommunikation mit dem Ministerpräsidenten und dem Ministerrat“.

Aufgrund der großen Bedeutung der exportorientierten Industrie in Rheinland-Pfalz dürfte das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr stärker zurückgehen als im Bund. Erfreulich

ist dabei, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz deutlich niedriger ist als in anderen Ländern, zum Beispiel Bayern und Baden-Württemberg. Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich auf einem Spitzenplatz. Ministerpräsident Kurt Beck sagte, die guten Erfahrungen mit beschleunigten und vereinfachten Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren sollten genutzt werden.

Landesregierung und Industrie- und Handelskammern sind sich einig in einem klaren Bekenntnis zum Industrie-standort Deutschland. Aktive Industriepolitik in Rheinland-Pfalz zielt auf

die Unterstützung wettbewerbsfähiger industrieller Strukturen, auch durch die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft in den Regionen (Clusterbildung).

Die Sicherung des qualifizierten Nachwuchses sehen Kammern und Kabinett als entscheidende Aufgabe an. Berufliche und akademische Bildungswege zu vernetzen, ist ein besonderes Anliegen. Rheinland-Pfalz war das erste Land, das 1997 den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte ermöglicht hat.

Ausbau der Infrastruktur und Abbau von Bürokratie waren weitere Themen des Gesprächs über den „Markenartikel Rheinland-Pfalz“.

Die IT-Branche schafft Arbeit

Ministerpräsident Kurt Beck besuchte CeBIT in Hannover

„Die Bedeutung der Informationstechnologie und Medienwirtschaft hat in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz stark zugenommen. Mehr als 63 000 Arbeitsplätze in gut 12 300 Unternehmen sind Beleg für den erfolgreichen Medienstandort Rheinland-Pfalz.“ Dies sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck heute bei seinem Empfang am Rheinland-Pfalz-Stand auf der CeBIT in Hannover.

Heute schaffe die Medien- und IT-Branche mehr als 10,1 Milliarden Euro an Umsatz im Jahr. Zwischen 2003 und 2008 seien etwa 4000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Rheinland-Pfalz sei im Medien- und IT-Bereich auf einem sehr guten Weg. Der Ministerpräsident berichtete von Wachstumsraten der Branche im Raum Trier von über 25 Prozent und im Raum Kaiserslautern gar von 124 Prozent. Kurt Beck: „Mit diesen Zahlen wird deutlich, dass der IT-Sektor eine ganz wichtige Funktion für wirtschaftliche Impulse und für Arbeits-

plätze in Rheinland-Pfalz hat.“

Der Ministerpräsident bewertete die Informationstechnologie auch als „Riesenchance für die demokratische Entwicklung“. „Wir werden immer stärker in die Lage versetzt, mit den Menschen zu kommunizieren und Informationen auszutauschen. Wir können Meinungen und Ideen einholen; die Bürgerinnen und Bürger können sich viel leichter in die demokratischen Prozesse einbringen.“

Ausdrücklich lobte Ministerpräsident Beck die Leistungen im Bereich der Schulen. Kinder und Jugendliche würden in Rheinland-Pfalz schon früh mit den Möglichkeiten des Internets vertraut gemacht. Beck nannte unter anderem das Projekt Medienkompetenz macht Schule und die Einführung der Medienscouts.

Am Vormittag hatte der Ministerpräsident bei einem Messerundgang vor allem rheinland-pfälzische Aussteller besucht und sich über die neuesten Entwicklungen der Informationstechnologie informiert.



Die Bedeutung der Informationstechnologie unterstrich Ministerpräsident Kurt Beck, der am Messestand vom Leiter der Zentralstelle IT-Management, Ministerialdirektor Jürgen Häfner, begrüßt wurde.

Am 27. März 2011 ist Landtagswahl

„Die Landesregierung bestimmt gemäß § 25 des Landeswahlgesetzes als Termin für die nächste Landtagswahl Sonntag, den 27. März 2011.“ Diesen Beschluss hat der Ministerrat unter Vorsitz von Ministerpräsident Kurt Beck gefasst.

Der Termin steht in der Kontinuität der letzten Landtagswahlen: Im Jahr

2006 wurde am 26. März gewählt, 2001 am 25. März und 1996 am 24. März.

Nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen kam als Wahltermin ein Sonntag zwischen 20. März und 15. Mai in Frage. Ministerpräsident Kurt Beck hatte mit den demokratischen Parteien im Land Gespräche geführt, bevor die Entscheidung getroffen wurde.

Beck: „Ein Vorbild als Landes-Diener“

Ministerpräsident gratulierte ADD-Chef Dr. Josef Peter Mertes zum 40. Dienstjubiläum

Als vorbildlichen Landes-Diener im Amt und im Ehrenamt würdigte Ministerpräsident Kurt Beck heute in Trier den Präsidenten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), Dr. Josef Peter Mertes, der sein 40. Dienstjubiläum feiern konnte. Beck überreichte dem ADD-Präsidenten aus diesem Anlass die Dankurkunde des Landes Rheinland-Pfalz.

Der Ministerpräsident sagte, er begleite den Lebensweg von Josef Peter Mertes schon seit vielen Jahren in

freundschaftlicher Verbundenheit und erinnerte an die gemeinsame Zeit im rheinland-pfälzischen Landtag, dem Mertes von 1991 bis 2000 angehörte. Er habe ihn schon früh als Mensch mit großer Schaffenskraft kennengelernt. Dieses weit überdurchschnittliche Engagement in allen Bereichen ziehe sich durch sein ganzes bisheriges Leben, sagte Ministerpräsident Kurt Beck, der Mertes' Lebenslauf skizzierte. Nach einer Lehre als Industriekaufmann holte Josef Peter Mertes am Abendgymnasi-

um das Abitur nach, studierte anschließend in Trier, Koblenz und Mainz, ehe er am 1. März 1970 in den Schuldienst des Landes Rheinland-Pfalz eingestellt wurde. An der Universität Frankfurt promovierte er 1983 zum Doktor der Philosophie mit magna cum laude. Unter anderem hatte Mertes Lehraufträge an den Universitäten Mainz und Frankfurt und war viele Jahre in der Lehrerbildung und -weiterbildung in Rheinland-Pfalz engagiert. Zuvor war er ehrenamtlich in vielen kommunalpolitischen Gremien aktiv - unter anderem als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Trier-Saarburg. Die Bildungs- und Haushaltspolitik gehörte zu seinen Schwerpunkten im Landtag. Im Jahr 2000 wurde er Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier.

Ministerpräsident Beck verwies auf weitere zahlreiche ehrenamtliche Tätigkeiten des Jubilars - unter anderem im SWR-Rundfunkrat, im Programmbeirat von ARTE oder als Vorsitzender des Vereins Politische Erwachsenenbildung Rheinland-Hessen/Nassau von 1988 bis 2007. Das große Engagement, das Josef Peter Mertes in all seinen beruflichen und ehrenamtlichen Arbeitsfeldern bewei- se, zeichne ihn aus und mache ihn zu einem Vorbild für ganze Generationen. Kurt Beck: „Rheinland-Pfalz und die Menschen in unserem Land haben Josef Peter Mertes viel zu verdanken. Das 40. Dienstjubiläum ist eine gute Gelegenheit, diesen Dank öffentlich zu machen.“



Zum 40. Dienstjubiläum überreichte Ministerpräsident Kurt Beck die Dankurkunde des Landes an Dr. Josef Peter Mertes.



„Eine transatlantische Brücke zwischen Rheinland-Pfalz und Amerika zu bauen“, sei Werner Kremp (rechts) gelungen. Das sagte Ministerpräsident Kurt Beck bei der Verabschiedung des scheidenden Direktors der Atlantischen Akademie in Kaiserslautern. Für die Zukunft wünschte er dessen Nachfolger Wolfgang Tönnemann (links) alles Gute. Die 1996 gegründete Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz widmet sich der Stärkung der Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und amerikanischen Staatsbürgern im Bundesland und in den USA. Beispielsweise unterstützt sie den Aufbau von Schulpartnerschaften. Foto: View



Verkehrsminister Hendrik Hering hat in der Autobahnmeisterei Kaisersesch stellvertretend allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Straßenbetriebsdienstes in Rheinland-Pfalz für den außerordentlichen Einsatz in diesem harten Winter gedankt.
Foto: Thomas Frey

„Hochwasserschutz schafft Lebensqualität“

Umweltministerin Conrad gab Startschuss für 41-Millionen-Projekt in Koblenz

Die Koblenzer Stadtteile Lützel, Neuendorf und Wallersheim werden nach Abschluss der jetzt beginnenden Hochwasserschutzmaßnahme bis zu einem zehnjährlichen Hochwasserereignis geschützt sein. Die Hochwasserschutzmaßnahme in Koblenz umfasst sieben Bauabschnitte und wird bis Mitte 2014 realisiert. Die Kosten für den Hochwasserschutz in Höhe von rund 41 Millionen Euro werden zu 90 Prozent von der Landesregierung übernommen. Hinzu kommen noch Kosten in Höhe von rund drei Millionen Euro für Maßnahmen der Stadtentwässerung. Mit der Hochwasserschutzmaßnahme in Koblenz-Neuendorf entsteht die längste örtliche Hochwasserschutzmaßnahme des Landes.

Zum ersten Spatenstich in Koblenz verwies Umweltministerin Margit Conrad auf die große Bedeutung eines funktionierenden Hochwasserschutzes für Lebensqualität und Entwicklung am Rhein: „Hochwasserschutz hat in Rheinland-Pfalz höchste Priorität. Rund eine Million Menschen sind an den großen und kleinen Flüssen in Rheinland-Pfalz von Hochwasser bedroht. Die Hochwasserschutzanlage des Landes bei Koblenz-Ehrenbreitstein wurde 2003 fertig gestellt. Die Baukosten hierfür betragen rund 22 Millionen Euro, der Landesanteil lag bei 19,35 Millionen Euro. Der örtliche Hochwasserschutz wie in Koblenz ist

am Mittelrhein die einzige Möglichkeit, ein relatives Schutzniveau herzustellen.“

Die Stadt Koblenz wird als Bauträger für das Land von der Europabrücke in Lützel bis an die Ortsgrenze von Wallersheim auf einer Gesamtlänge von rund 3,8 Kilometern einen Hochwasserschutz errichten. Die in sieben Abschnitte eingeteilte Maßnahme umfasst die Errichtung der neuen Hochwasserschutzanlage, die teils durch mobile Elemente erhöht wird, und den Bau von Dichtwänden sowie zwei Schöpfwerken in Lützel und Neuendorf zur Grundwasserhaltung. Mobiler Hochwasserschutz soll insgesamt über rund 650 Meter Länge mit rund 1100 Quadratmetern Fläche zum Einsatz kommen.

Zukünftig wird bis zu einem zehnjährlichen Hochwasserereignis in Lützel, Neuendorf und Wallersheim eine Fläche von rund 35,5 Hektar mit etwa 535 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und etwa 180 Nebengebäuden geschützt. Ein weiteres Ziel ist es, einen Anstieg des Grundwasserstandes im Schutzraum bei Hochwasser über das Niveau öffentlicher Straßen und Flächen zu verhindern. In den hochwassergefährdeten Stadtteilen Lützel, Neuendorf und Wallersheim leben rund 17.000 Menschen, deren Lebens- und Arbeitsraum zukünftig bis zu einem zehnjährlichen Hochwasserereignis geschützt werden. Da es aber trotz

Dämmen, Deichen und Rückhalteräumen keinen absoluten Schutz gibt, sind neben den Hochwasserschutzmaßnahmen deshalb nicht nur Bauleitplanung und Katastrophenschutz gefordert, sondern auch die Eigenvorsorge der Bevölkerung.

Für den Hochwasserschutz insgesamt wurden seit Anfang der 1990er Jahre in Rheinland-Pfalz rund 630 Millionen Euro ausgegeben. Davon entfielen allein auf Hochwasserrückhaltungen, Deiche, Schöpfwerke am Oberrhein rund 300 Millionen Euro.

2012 sollen die Rückhaltungen am Oberrhein in Rheinland-Pfalz einsatzbereit sein – sofern Klagen die Umsetzung nicht verzögern. Davon profitiert auch der Mittelrhein. Am Mittelrhein wurde seit 1985 eine Reihe von örtlichen Hochwasserschutzmaßnahmen fertig gestellt: der Hochwasserschutz für die Braubacher Altstadt und Neustadt, in Neuwied, Spay, Andernach und Koblenz Ehrenbreitstein. Für den Hochwasserschutz Lahnstein laufen die Planungen, wobei ein Baubeginn frühestens 2012 möglich sein könnte.

Mit der „Aktion Blau“ verfügt Rheinland-Pfalz über ein weiteres hervorragendes Instrument zur Förderung der natürlichen Wasserrückhaltung an kleineren Flüssen und Bächen im ganzen Land und damit zur Verminderung von Hochwasser. Dafür wurden seit 1994 140 Millionen Euro investiert.



Die neue Hochwasserschutzmaßnahme in Koblenz umfasst sieben Bauabschnitte und wird für 41 Millionen Euro bis Mitte 2014 realisiert. Mit dem ersten Spatenstich gab Umweltministerin Margit Conrad jetzt den Startschuss für das Projekt.
Foto: Thomas Frey

Minister dankte für Einsatz mit einem Tag Sonderurlaub

Hering würdigte großes Engagement im Winterdienst

Verkehrsminister Hendrik Hering hat gemeinsam mit dem ADAC Mittelrhein in der Autobahnmeisterei Kaisersesch stellvertretend allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Straßenbetriebsdienstes im Land für den außerordentlichen Einsatz in diesem harten Winter gedankt. Hering vertrat Ministerpräsident Kurt Beck, der in Ludwigshafen an der Gedenkfeier für den ermordeten Pädagogen teilnahm. „Bei den extremen Anforderungen dieses Winters haben Sie alle im Land mit hohem Engagement gegen Schnee und Eis für die Verkehrssicherheit und Mobilität gekämpft“, hob der Minister hervor. Die zurück liegenden Wochen mit starkem Frost und viel Schneefall hätten eine besondere Herausforderung für den Winterdienst der Autobahn- und Straßenmeistereien dargestellt. Hering dankte ausdrücklich für die schwere und gefährliche Arbeit: „So eine besondere Leistung muss auch besonders gewürdigt werden. Die Landesregierung hat daher beschlossen, diese Leistung mit einem zusätzlichen freien Tag für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Winterdienstes in Rheinland-Pfalz zu honorieren.“

Wie auf allen anderen Straßen gab es landesweit auch auf Bundesstraßen immer wieder Behinderungen durch den starken Schneefall und teilweise durch Schneeverwehungen. In Rheinland-Pfalz mussten jedoch wegen des unermüdeten Einsatzes des Betriebsdienstes nur wenige Straßen verkehrsbedingt voll gesperrt werden. „Hier wurden entscheidende Beiträge zur Verkehrssicherheit geleistet“, betonte der Minister. „Dieser hohe Qualitätsstandard wäre nicht denkbar ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebsdienstes.“

Die Straßenwärter machen den Weg

frei für tausende von Menschen, die mit ihrer Hilfe sicher und zuverlässig den Weg zur Arbeit, zum Einkauf und auch zu Freizeiteinrichtungen erreichen. So wurden allein in der Autobahnmeisterei Kaisersesch im bisherigen Winter auf dessen Autobahnabschnitten bis Ende Januar deutlich mehr Leistung nach Einsatzstunden erbracht als im gesamten vorigen Winter 2008/2009. Und diese Leistungen wurden vorwiegend nachts an Werk-, Sonn- und Feiertagen erbracht.

Der Verkehrsminister appellierte an die Autofahrer, sich weiterhin auf die Witterungsbedingungen einzustellen und besonnen zu fahren. Angesichts des außergewöhnlich harten Winters hat die Landesregierung bereits angekündigt, dass in diesem Jahr besondere Anstrengungen für die Beseitigung von Winterschäden notwendig werden. Es wird ein „Winterschäden-Sonderprogramm“ geben, denn die Kosten für die Beseitigung von Winterschäden werden deutlich über den üblichen Umfang hinausgehen. Die Landesregierung wird voraussichtlich rund zwölf Millionen Euro speziell für die Beseitigung der Winterschäden auf Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen bündeln. Außerdem würden Schäden kleineren Umfangs durch die Straßenmeistereien beseitigt, die in dem Betrag von zwölf Millionen noch nicht enthalten seien. Die Winterschäden des vergangenen Winters 2008/2009 beliefen sich auf gut 7,8 Millionen Euro für die Bundesfern-, Landes- und Kreisstraßen, die der LBM betreut. „Abschließende Klarheit über den gesamten Umfang der Winterschäden gibt es erst im April, aber die Beseitigung von Winterschäden hat in jedem Fall Priorität“, so Hering.



In einer öffentlichen Trauerfeier in Ludwigshafen würdigte Ministerpräsident Kurt Beck den getöteten Lehrer Rudolf Becker.
Foto dpa

Gemeinsam Trauer gezeigt

Ministerpräsident Kurt Beck würdigte getöteten Lehrer

In einer öffentlichen Trauerfeier in der Friedrich-Ebert-Halle in Ludwigshafen haben Repräsentanten der Landesregierung, des Landtags und der Stadt Ludwigshafen, Familienangehörige und Freunde, das Kollegium der Berufsbildenden Schule II und viele hundert Schülerinnen und Schüler Abschied von dem getöteten Berufsschullehrer Rudolf Becker genommen. Ministerpräsident Kurt Beck sprach der Familie sein tiefes Mitgefühl aus und brachte seine Verbundenheit zum Ausdruck.

„Wir wollen heute gemeinsam unsere Trauer zeigen. Es ist unsere Pflicht und unser Bedürfnis, innezuhalten und uns vor dem Toten zu verneigen“, sagte Beck. Die Berufsbildende Schule würdigte der Ministerpräsident als Einrichtung mit großem Engagement und mit herausragender Prävention. „Rudolf Becker war ein engagierter Pädagoge, der sich intensiv für die Zie-

le der Schule eingesetzt hat. Er bereitete seine Schülerinnen und Schüler auf ihr späteres Arbeitsleben vor und förderte ihre Persönlichkeitsentwicklung. Gerade das macht uns so fassungslos“, sagte der Ministerpräsident.

Eine Zeitung habe nach dem schrecklichen Geschehen geschrieben, dass für die Schule der Traum ende, dass mit ganzheitlichen Methoden und mit engagierten Lehrern jeder integriert werden kann. „Wir sind es Rudolf Becker schuldig, dass wir diesen Traum nicht aufgeben. Wer die Jugend aufgibt, hat sie verloren. Das lassen wir nicht zu“, so der Ministerpräsident. Jeder müsse seinen Platz im Leben und in der Gesellschaft finden können.

Ministerpräsident Kurt Beck dankte den Polizeibeamtinnen und -beamten, die im Einsatz waren, und den beteiligten Lehrerinnen und Lehrern für ihr besonnenes Verhalten.

Staatszeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die Staatszeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Michael Maurer (Koordination), Walter Schumacher (verantwortl.).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortl.) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der Staatszeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der Staatszeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. Staatszeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 0 61 31 / 16 47 53, Fax: 0 61 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17



Wirtschaftsvertreter aus Burgund unter Leitung des burgundischen Regionalrats und Direktors für Wirtschaft, Oliver Ritz (Mitte), konnte Landtagspräsident Heinz-Hermann Schnabel dieser Tage im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und der Industrie- und Handelskammer Rheinhessen hatte das Haus Burgund das Wirtschaftstreffen organisiert. Neben der Besichtigung mehrerer Betriebe standen vor allem Gespräche mit rheinland-pfälzischen Unternehmern auf dem Programm.

Foto: Klaus Benz

Fragen zum Betroffenenstatus

CDU und FDP streben Gesetzesänderung an

Um dem parlamentarischen Untersuchungsauftrag so weit wie möglich gerecht zu werden, wollen die Fraktionen von CDU und FDP einen Prüfauftrag an den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags hinsichtlich einer Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes (UAG) richten. Dies kündigten der Obmann der CDU-Fraktion, Christian Baldauf, und der Obmann der FDP-Fraktion, Günter Eymael, an.

Es soll geklärt werden, ob im Rahmen verfassungsrechtlicher Vorgaben eine Änderung des Betroffenenstatus dahingehend nötig und möglich ist, dass auch Führungsorgane von privat rechtlich organisierten Unternehmen, an denen das Land mehrheitlich beteiligt ist, im Grundsatz zur Aussage verpflichtet sind und sich nicht von vorneherein auf ein mögliches Zeugnisverweigerungsrecht berufen können. Diese Klarstellung könnte es im Ergebnis u.a. erleichtern, amtierende und frühere Führungsorgane der Nürburgring GmbH wie den früheren Hauptgeschäftsführer Dr. Walter Kafitz oder den ehemaligen kaufmännischen Geschäftsführer Hans Lippelt im Untersuchungsausschuss als Zeugen zu vernehmen.

Christian Baldauf: „Nach dem rhein-

land-pfälzischen Untersuchungsausschussgesetz dürfen Mitglieder der Landesregierung, andere Amtsträger und auch Beamte vor dem Untersuchungsausschuss als Zeugen vernommen werden, auch dann wenn ihnen der Betroffenenstatus zuerkannt wurde. Führungsorgane von privat rechtlich organisierten Unternehmen, an denen das Land mehrheitlich beteiligt ist, sind vom ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes dagegen nicht umfasst. Der Untersuchungsausschuss hat vom Parlament einen klaren Untersuchungsauftrag erhalten. Es muss alles dafür getan werden, dass er diesen Auftrag auch erfüllen und alle nötigen Beweise erheben kann.“

Günter Eymael: „Es wäre sinnwidrig, wenn Landesbeamte aller Laufbahnen als Zeugen vernommen werden könnten, nicht aber Führungsorgane von privat rechtlich organisierten Unternehmen, an denen das Land mehrheitlich beteiligt ist. Denn im Ergebnis hinge die Verpflichtung zur Aussage ansonsten alleine von dem Zufall ab, ob das Land im jeweiligen Fall als Land auftritt, oder in einer Rechtsform des Privatrechts, wie z.B. im Fall der Nürburgring GmbH.“

Gemeinsam gegen Bahnlärm

CDU und FDP begrüßen Zusammenarbeit mit Hessen

Das gemeinsame 10-Punkte-Programm „Leises Rheintal“ der hessischen und der rheinland-pfälzischen Landesregierung wurde vom parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Josef Bracht und seinem Fraktionskollegen Josef Dötsch begrüßt. Es sei ein wichtiger Schritt für einen umweltverträglichen Bahnverkehr und greife vieles auf, was ihre Fraktion seit mehreren Jahren fordere.

Vor allem bei Lärmsanierungsmaßnahmen auf Bestandsstrecken oder bei der Erweiterung der Aufgaben des Eisenbahnbundesamtes bei Gesundheitsgefahren seien die Forderungen der Fraktion umgesetzt worden, erklärten die Abgeordneten. Nachdem die Umrüstung von Güterbahnwaggons auf „Flüsterbremsen“ mit Hilfe staatlicher Unterstützung durch die Europäische Union Ende letzten Jahres genehmigt wurde, müsse die Deutsche Bahn AG zeitnah entsprechende Förderanträge stellen, so Dötsch. Bis zu 5 000 Waggons könnten im Rahmen dieses Förderprogramms umgerüstet werden.

Aber auch die Entlastung des Rheintals durch andere Bahntrassen müsse energisch vorangetrieben werden. „Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits vor drei Jahren Alternativstrecken gefordert. Dazu zwingt auch die massive Auslastung der Rheinstrecke. Der Güterbahnverkehr von den Nordseehäfen bis durch die Alpen nimmt von Jahr zu Jahr zu und

der Zeitdruck für mehr Schienenkapazität wächst stetig“, so Bracht.

Auch die FDP begrüßte das 10-Punkte-Programm „Leises Rheintal“. „Jetzt müssen aber auch endlich Taten folgen“, forderte der wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Günter Eymael. Die Menschen im Mittelrheintal seien es leid, mit immer neuen Ankündigungen vertröstet zu werden.

Der in dem 10-Punkte-Programm geforderte konkrete Zeit- und Stufenplan zur Halbierung des Schienenlärms müsse nun auf den Tisch und mit der Umsetzung des Programms müsse umgehend begonnen werden, forderte Eymael. „Die gesundheitliche Belastung der Anwohner im Mittelrheintal und die wirtschaftlichen Schäden durch den Bahnlärm haben ein Ausmaß erreicht, das den Menschen nicht mehr länger zugemutet werden darf“, sagte Eymael.

„Unabhängig von den notwendigen Sofortmaßnahmen zur Reduzierung des Lärms im Mittelrheintal unterstütze die FDP-Fraktion auch nachdrücklich die Forderung der beiden Bundesländer nach einer alternativen Trassenführung, die langfristig eine dauerhafte Entlastung für die lärmgeplagten Menschen bedeuten würde.“ Die FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag hatte immer gefordert, dass die Landesregierung in dieser Frage mit Hessen an einem Strang ziehen muss“, so Eymael.



Medienkompetenz ist Schlüsselqualifikation

SPD: Neue Entwicklungen im Internet verantwortlich begleiten



Renate Pepper

Martin Haller

„Die globale Medienentwicklung hat eine rasante Dynamik angenommen, die die Formen der Kommunikation nachhaltig verändern wird. So hat sich eine unüberschaubare aber gut vernetzte Medienvielfalt entwickelt, die neue Wege der Partizipation sowie

der Meinungs- und Willensbildung ermöglicht. Durch die Vernetzung von traditionellen und neuen Medien kann außerdem mehr Wissen transportiert werden. Die Zukunft der Wissenskommunikation basiert auf einer tiefen Vernetzung und einem breiten Angebot an Hintergrundinformationen. Das ist eine Chance für die Demokratie“, erklärten die stellvertretende Vorsitzende Renate Pepper und der SPD-Obmann Martin Haller nach der Sitzung der Medien Enquete-Kommission.

Doch Wissen und Unwissen ließen sich im Internet schwer unterscheiden. Neue Medien müssten daher von Politik und Gesellschaft aktiv gestaltet werden. Dabei müsse auch die Frage gestellt werden, wie neue Entwicklungen im Internet verantwortlich begleitet werden könnten.

Zentrale Schlüsselqualifikation hierbei sei Medienkompetenz besonders bei Kindern und Jugendlichen, die über rein technisches Wissen hinausgehen und digitale Kompetenzen mit einbeziehe, so Renate Pepper und Martin Haller.

Zu Gast in der Enquete-Kommission waren Schülerinnen und Schüler der IGS Thaleschweiler-Fröschen, die ihren im Rahmen des Schülerlandtags entstandenen Antrag zur Erhöhung der Medienkompetenz von Schulabgängern vorgestellt haben.

„Es war beeindruckend zu erleben, mit wie viel Engagement die Jugendlichen ihren Antrag entworfen und vorgetragen haben. Sie haben sich hierzu lange und intensiv mit den Themenbereichen Medienkompetenz und selbständiges lebenslanges Lernen beschäftigt. Eine Forderung des Antrags möchten wir aufgreifen und weiterentwickeln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Rheinland-Pfalz einen Medienführerschein erwerben kann, gestaffelt nach Schulform und Alter – von der Grundschule, über die Sekundarstufe I bis hin zur Sekundarstufe II. Es ist wichtig und zukunftsweisend, dass Kinder und Jugendliche die Chance haben, dieses Zertifikat zu erhalten“, so die Abgeordneten.

An Lehrküchen besteht Bedarf

CDU-Landtagsfraktion im Gespräch mit den Landfrauen



D. Schäfer

C. Schneider

Für die hauswirtschaftliche Aus- und Fortbildung fehle es in Rheinland-Pfalz an verfügbaren und ausreichend ausgestatteten Lehrküchen, stellten die landwirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion und die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Landwirtschaft und Weinbau, Dorothea Schäfer und Christine Schneider fest. Anlass war ein Gespräch des Arbeitskreises Landwirtschaft und Weinbau der Fraktion mit Vertreterinnen des Landfrauenverbandes Rheinland-Pfalz in den Räumen des Dienstleistungszentrums ländlicher Raum (DLR) in Neustadt/Weinstraße.

Die Nachfrage und der sachliche Bedarf, so die Landfrauen, die diese Aus- und Fortbildung betreiben, seien uneingeschränkt gegeben. Nach der

Errichtung des Weinbaustudienganges im DLR Neustadt sei die dort bisher verfügbare Lehrküche entfallen. Zwar könne dort nun eine neue, kleinere Lösung realisiert werden, landesweit aber fehlten freie Kapazitäten. Die Lehrküchen in den Berufsschulen und in den gastronomischen Ausbildungseinrichtungen hätten kaum Kapazitäten frei.

Dorothea Schäfer: „Die hauswirtschaftliche Aus- und Fortbildung wird gebraucht. Mittelständische Familienbetriebe in der Landwirtschaft und darüber hinaus öffentliche und soziale Einrichtungen und private Haushalte brauchen fachlich solide hauswirtschaftliche Kenntnisse, nicht zuletzt im Interesse einer gesunden Ernährung. Die verdienstvolle Arbeit der Landfrauen darf nicht durch den Mangel an verfügbaren Kursstandorten unmöglich werden.“

Die Landfrauen wiesen zudem darauf hin, so die Abgeordneten, dass die Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen heute schon beachtliche Wegstrecken zu den Standorten der Kurse zurücklegen müssen.

Landfrauen und die CDU-Abgeordneten regten an, die nun einzurichtenden Mensen für Ganztagschulen an ausgewählten Standorten mit geeigneten Küchen auszurüsten, die auch für die hauswirtschaftliche Bildung zur Verfügung stehen.

Höchste Bedeutung für das Kulturland

SPD zieht positive Bilanz zum Arp Museum Bahnhof Rolandseck

„Das Arp Museum Bahnhof Rolandseck ist auf einem guten Weg: Aufsehen erregende Ausstellungen, dazu – wie es der Tradition des alten Bahnhofs entspricht – anspruchsvolle Lesungen und Musikveranstaltungen; herzlichen Dank an das Team im Museum, das entgegen vieler Skepsis diese positive Entwicklung eingeleitet hat“, so kommentieren Manfred Geis, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Arbeitskreis-Vorsitzender Dr. Matthias Krell die Antwort von Kultur-Staatssekretär Prof. Joachim Hofmann-Göttig auf die Fragen der SPD in der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses zum Thema „Arp Museum: Bilanz und Ausblick“.

„Das Museum hat viele gute Voraussetzungen, eine wunderbare Lage im Rheintal, die grandiose Architektur des Bahnhofs und des Neubaus von Richard Meier, eine anregende und

verpflichtende Geschichte des Hauses, die Werke von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp sowie die hochkarätige Sammlung Rau, kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das Arp Museum Bahnhof Rolandseck hat höchste Bedeutung für das Kulturland Rheinland-Pfalz“, so die Abgeordneten.

Der Staatssekretär konnte von 13 Ausstellungen auf vier Präsentationsflächen im Jahr 2009 berichten, die 73 593 zahlende Besucherinnen und Besucher sahen. 2010 soll diese positive Entwicklung weitergehen: Im März wird eine große Retrospektive auf das Werk von Sophie Taeuber-Arp eröffnet, im November wird aus eigenen Sammlungsbeständen Hans Arp im Mittelpunkt stehen.

Der regionale Bezug wird bei einer Ausstellung von Arbeiten des großen Informel-Künstlers Karl Otto Götz

hergestellt, die Entwicklung der modernen Skulptur zeigt die Ausstellung „Das Fundament der Kunst. Die Skulptur und ihr Sockel seit Auguste Rodin“. Aus der Sammlung Rau wird vor allem die holländische und französische Malerei gezeigt.

In der Literaturreihe gibt es bekannte Namen, darunter Ingo Schulze und als Höhepunkt die Literatur-Nobelpreisträgerin Herta Müller, prominente Ensembles und Solisten gestalten das Musikprogramm.

„Besonders gefällt uns, dass das Arp Museum auch die kulturelle Bildung wichtig nimmt. Die Kooperation mit Schulen der Region, die Gestaltung von Projektwochen, Lehrerfortbildungsmaßnahmen, Unterrichtseinheiten im Museum, Wettbewerbe und Feste tragen dazu bei, junge Menschen an das Museum heran zu führen“, so Manfred Geis und Matthias Krell.



Aktuelle Themen auf der Agenda

Auswärtige Fraktionssitzung führte SPD-Fraktion für zwei Tage nach Trier



Die SPD-Fraktion kam für zwei Tage zu einer auswärtigen Sitzung in Trier zusammen. SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Hartloff und Ministerpräsident Kurt Beck gingen zu Beginn der Sitzung auf aktuelle Themen ein. Mit Blick auf die Ereignisse um den Tod eines Lehrers der Berufsbildenden Schule in Ludwigshafen lobten Doris Ahnen und Innenminister Karl Peter Bruch das Krisenmanagement der Schule und der Polizei vor Ort.

Hartloff warnte an dieser Stelle davor, Schulen trotz der Ereignisse zu Hochsicherheitstrakten auszubauen. Ein weiterhin streitbares Thema bleibt der Erwerb von CDs mit Daten über Steuerhinterzieher. Die Vorschläge einiger Politiker, zukünftig auch Selbstanzeiger zu bestrafen, wurden diskutiert. Bezüglich der Verhandlung mit Opel wird erwartet, dass der Bund mit den Ländern eine gemeinsame Positi-

on findet, um geschlossen für die Interessen der Länder mit Opel-Standorten eintreten zu können.

Weiteres Thema war der vierte Armuts- und Reichtumsbericht. Der Bericht zeigt, dass Rheinland-Pfalz bundesweit die dritt niedrigste Empfängerquote sozialer Mindestsicherung aufweist. Besonders von Armut betroffen sind alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit vielen Kindern, Langzeitarbeitslose und Migranten. Die Hauptursachen von Armut bleiben die Arbeitslosigkeit aber auch schlecht bezahlte Arbeit, die eine Aufstockung zu Hartz IV-Sätzen notwendig macht.

Eine Lösung sieht die SPD-Fraktion in der Einführung von flächendeckenden und branchenübergreifenden Mindestlöhnen. Als Reich gilt jeder elfte Einwohner in Rheinland-Pfalz und der mehr als 200 Prozent des monatlichen

mittleren Einkommens erzielt. Der Bericht enthält Daten des Statistischen Landesamtes sowie Gutachten der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und des Deutschen Gewerkschaftsbunds.

Für die auswärtige Sitzung nutzte die SPD-Fraktion die Tagungsräume des Kongresszentrums der Europäischen Rechtsakademie Trier (ERA). Direktor Wolfgang Heusel begrüßte die Fraktion und lobte den großen Einsatz des Landes für die Akademie. Die ERA ist eine Fortbildungs- und Diskussionsstätte für Juristen aus ganz Europa und wurde 1992 auf Initiative des Europäischen Parlaments als öffentliche Stiftung mit Sitz in Trier gegründet. Stifter sind mehrere europäische Staaten sowie das Land Rheinland-Pfalz und alle deutschen Länder, die Sparkasse Trier, der Förderverein und die Stadt Trier.

Schutz persönlicher Daten

FDP-Fraktion und Datenschutzbeauftragter im Gespräch

Der Datenschutzbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, Edgar Wagner, hat in der FDP-Landtagsfraktion Vorschläge zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes unterbreitet. Dabei waren sich der Datenschutzbeauftragte und die FDP-Fraktion einig, dass Gesetze und staatliche Kontrollen alleine nicht mehr ausreichen, um im digitalen Zeitalter den Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu gewährleisten. „Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung des Datenschutzbeauftragten, wonach es Aufgabe von Erziehung und Bildung werden sollte, Menschen zum verantwortungsvollen Umgang mit Daten zu befähigen“, so der Vorsitzende der FDP-Fraktion Herbert Mertin.

„Es geht zum einen um die Fähigkeit, sich selbst schützen zu können, zum anderen aber auch um den respektvollen Umgang mit den Daten anderer“, sagte Wagner. Daten seien der Schlüssel zur eigenen Privatsphäre, der leider heute nur allzu leicht aus der Hand gegeben werde, stellten Wagner und Mertin übereinstimmend fest. Gerade junge Leute seien oft sehr sorglos im Umgang mit ihren persönlichen Daten, die sie freiwillig in

Chats, Foren und sozialen Netzwerken zur Verfügung stellten, ohne sich hinreichend bewusst zu machen, dass diese im Prinzip weltweit und lebenslang für andere abrufbar seien. Aber auch vielen Erwachsenen sei nicht hinreichend bekannt, dass sie etwa beim Umgang mit Suchmaschinen Daten hinterlassen oder beispielsweise beim Erwerb von sogenannten Payback-Karten ihre Anonymität als Käufer aufgeben.

Neben seiner Forderung, den Datenschutz als Bildungsaufgabe zu verstehen, hat der Datenschutzbeauftragte in der FDP-Fraktion weitere Vorschläge unterbreitet. So sei im Bundesdatenschutzgesetz manches für den privaten Bereich geregelt, was aber nicht für den staatlichen Bereich gelte. Deshalb müsse das Landesdatenschutzgesetz etwa im Zusammenhang mit Datenpannen oder der Videoüberwachung ergänzt werden. Mertin sagte zu, dass die FDP-Fraktion über die Vorschläge des Datenschutzbeauftragten beraten werde und man sich dabei im Ziel einig sei, dass dem Schutz persönlicher Daten im digitalen Zeitalter höchste Bedeutung zukomme.

Erhebliche Winterschäden zu erwarten

CDU: Land lässt Kommunen im Stich – Mehrbelastungen in Millionenhöhe

Vor dem zu erwartenden explosionsartigen Anstieg der Kosten für Winterdienst und Reparatur der Straßen in den rheinland-pfälzischen Kommunen sieht CDU-Fraktionschef Christian Baldauf die Landesregierung in der Pflicht. Statt den nicht zuständigen Bundesverkehrsminister aufzufordern, Geld für Städte, Gemeinden und Kreise bereitzustellen, sollten Landesregierung und rheinland-pfälzische Kommunen so schnell wie möglich gemeinsam beraten, wie die zusätzlichen Kosten zu schultern seien, forderte Baldauf.

„Es hilft den betroffenen Städten und Gemeinden wenig, wenn der zuständige Wirtschaftsminister den „Schwarzen Peter“ nach Berlin schiebt. Gleichzeitig kündigt er ein „Sonderprogramm gegen die Winterschäden“ an, das sich mehr oder weniger als Mogelpackung entpuppt.“

So handle es sich bei den überall genannten 12 Millionen Euro zur Beseitigung der Winterschäden auf Bundes-, Fern-, Landes-, und Kreisstraßen nicht um zusätzliches Geld. Die notwendigen Mittel würden lediglich im Etat für die Erhaltung der

Straßen umgeschichtet. Dies bedeute jedoch im Umkehrschluss, dass für weitere, dringend benötigte Instandsetzungsmaßnahmen im Laufe des Jahres weniger Geld zur Verfügung stehe, kritisierte Baldauf. Gleichzeitig profitierten Städte und Gemeinden in keiner Weise von dem Geld.

Zwar sei das ganze Ausmaß der Straßenschäden wohl erst in den nächsten Wochen sichtbar, so Baldauf. Gleichwohl sei abzusehen, dass durch den harten Winter Mehrbelastungen in Millionenhöhe auf die Kommunen zukämen. So beliefen sich die Schätzungen der Mehrkosten für die Stadt Trier allein für den winterbedingten

Mehreinsatz von Streu- und Räumdiensten auf 300 000 Euro. Die Stadt Konz rechne mit zusätzlichen Belastungen von mehr als 20 000 Euro. Deutliche Steigerungen gäbe es auch in Bitburg, wo wegen des langen Winters bisher rund 200 000 Euro Kosten aufgelaufen seien; eine Steigerung um mehr als 50 Prozent gegenüber den Vorjahren. Kaiserslautern und Ludwigshafen rechneten mit massiven Mehrkosten bei der Straßensanierung, so Baldauf. Dazu komme, dass allein die Stadt Ludwigshafen schon bisher einen Investitionsstau bei Straßen und Bauwerken von rund 210 Millionen Euro vor sich herschiebe.

Kreativität überzeugt

SPD: Förderung von Jugendkunstschulen

36 Jugendkunstschulen will das Land 2010 fördern und damit Stabilität in der Förderung zeigen. 300 000 Euro stehen dafür zur Verfügung. Eine Entwicklung, über die sich Manfred Geis, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion hochfreut zeigte.

„Jedes Mal bin ich bei meinen Besuchen in den Einrichtungen und bei den Initiativen erneut beeindruckt über den Ideenreichtum und die Kreativität, mit der einerseits die Initiatoren, andererseits die Jugendlichen hier buchstäblich zu Werke gehen. Meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, die beispielsweise bei unserem jüngsten Termin ‚Fraktion vor Ort‘ einige

Jugendkunstschulen besucht haben, geht es nicht anders. Hier ist etwas auf die Beine gestellt worden, das für die Beteiligten weit über den Umgang mit Materialien hinausreicht“, so Geis.

Mit der Stärkung individueller kreativer gestalterischer Fähigkeiten gehe immer auch die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung einher. Wer in der Gruppe zeichne, male, gestalte, tanze, eine Zirkusvorstellung auf die Beine stelle oder Videos drehe, der habe gemeinsam mit anderen etwas geschaffen. Seine Fraktion werde alles daran setzen, die Jugendkunstschulen in Rheinland-Pfalz weiterhin nach Kräften zu fördern.

„Street view“ ohne Rücksicht auf Datenschutz

SPD: Wir wollen keinen „Big Brother“ – CDU: Bereit für gemeinsame Initiative

Ein von der Landesregierung vorgestelltes Gutachten zeige, dass die datenschutzrechtlichen Bedenken über ‚Google street view und Datenschutz‘ begründet sind, so der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und Vorsitzende der Datenschutzkommission, Carsten Pörksen. Schon nach geltendem Recht seien Google und dessen Datensammelwut eindeutige Grenzen gesetzt. Das Gutachten mache außerdem deutlich, wo man über weitere gesetzliche Präzisierungen für einen besseren Schutz für die privaten Daten der Bürgerinnen und Bürger nachdenken müsse.

Für die Firma Google gelte: ‚Nachsitzen und nacharbeiten‘. In wesentlichen Punkten gingen die datenschutzrechtlichen Anforderungen des Gutachtens über bereits mit Google vereinbarte Auflagen hinaus. Bei der Verpixelung von Gesichtern und

Kennzeichen müsse Google ein noch größeres Augenmerk auf die Unkenntlichmachung von Merkmalen und Darstellungen setzen, die einen individuellen Rückschluss auf Personen zuließen. Diese Anforderungen gelten auch für Abbildungen von Häusern und Straßenansichten. Aufnahmen aus Kameraautos seien nur bis zu einer Höhe von zwei Metern zulässig. Auch seien Fotos von Ein- und kleinen Mehrfamilienhäusern und Häusern im ländlichen Bereich nicht zulässig, hebt Pörksen hervor.

Pörksen begrüßte, dass der Innenausschuss am 15. April zu ‚Google street view und Datenschutz‘ eine Anhörung durchführt. Dabei sollte auch über die Notwendigkeit weiterer gesetzgeberischer Maßnahmen diskutiert werden. Im Rahmen des Gutachtens würden mögliche Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes und

Zum zweiten Mal wurde der Wissenschaftspreis des Landesbeauftragten für den Datenschutz verliehen. Der 2008 geschaffene Preis zeichnet herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit Datenschutzbezug aus, die an rheinland-pfälzischen Hochschulen erstellt wurden. Er soll die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit datenschutzrechtlichen Fragen fördern.

Der im Kreis der Datenschutzbeauftragten bislang einzige Preis dieser Art wird gemeinsam vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz getragen und ist mit 1000 Euro dotiert.

Der Datenschutzpreis 2009 wurde durch Staatssekretär Michael Ebling (SPD, links) und den Datenschutzbeauftragten Edgar Wagner an Stefan Willenbrock (Mitte) verliehen. Der Student der Universität Kaisers-

lautern und Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe ‚Sicherheit in verteilten Systemen‘ des Instituts für Experimentelles Software Engineering der Fraunhofergesellschaft, hat in seiner Bachelorarbeit die Kontrolle von Datenflüssen in heterogenen IT-Systemen untersucht.

Im Rahmen der Preisverleihung betonte Staatssekretär Ebling, dass es für das Datenschutzgrundrecht nicht allein darauf ankomme, wehrhaft zu sein. Angesichts einer sich permanent verändernden Informationstechnik bedürfe es einer wissenschaftlichen Begleitung des Datenschutzes und einer angemessenen Medienkompetenz der Betroffenen.

In seiner Preisrede zum Thema ‚Modernisierung des Datenschutzes‘ stellte Prof. Roßnagel, Datenschutzexperte und Vizepräsident der Universität Kassel dar, dass die technische Entwicklung die bisherigen Regelungskonzepte zunehmend in Frage stelle und eine grundlegende Modernisierung des Datenschutzes erforderlich sei. Um in Zeiten des globalen Internet, allgegenwärtiger Informationstechnik und zunehmend komplexer werdenden Datenverarbeitungsprozesse noch selbst über die Verwendung von Daten bestimmen zu können, bedürfe es einer Allianz von Recht und Technik und der Transparenz von Datenverarbeitungsstrukturen und Datenschutzanforderungen, die sich nicht ausschließlich an datenverarbeitende Stellen, sondern auch an Hersteller und Anbieter von IT-Lösungen richteten.

Hierfür leiste nach Auffassung des Landesbeauftragten für den Datenschutz, Edgar Wagner, die mit dem Datenschutzpreis ausgezeichnete Arbeit einen wertvollen Beitrag.

Ein zeitgemäßer Datenschutz müsse mit der technischen Entwicklung Schritt halten und den Herausforderungen auch auf technischer Ebene begegnen. Daneben bedürfe es aber auch der Schaffung eines angemessenen Datenschutzbewusstseins bei den Betroffenen. Datenschutz sei mehr denn je nicht nur eine Frage von Recht und Technik, sondern auch von Bildung und Erziehung.

„Bürokratisches Monster“

Die Umsetzung der entgeltlichen Lernmittelausleihe in Rheinland-Pfalz wurde von Bettina Dickes, Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion heftig kritisiert. Erste Rückmeldungen von Lehrern und Eltern machten deutlich, dass sich die Landesregierung in einem ausufernden Bürokratiemonster verrennt habe.

Eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion habe ergeben, dass die Landesregierung über Monate den Schulen Sand in die Augen gestreut habe. Nach Auskunft der Landesregierung müssten die Schulen im Rahmen der Lernmittelausleihe die Eltern informieren, notwendige Listen erstellen und weitergeben, Bücher bestellen sowie deren Ausgabe maßgeblich mitorganisieren. Aussagen der Landesregierung, die Schulen hätten mit der Organisation der Lernmittelausleihe nichts zu tun, träfen damit nicht zu.

„Leider ist das innovative Konzept der Lernmittelausleihe, das die CDU im vergangenen Jahr ins Gespräch gebracht hat, von der Landesregierung komplett entstellt worden. Das Bildungsministerium verkauft den Eltern schon jetzt halbe Gesetzbücher als Informationsbroschüren und die Schulen werden entgegen den Ankündigungen voll in die Organisation der Lernmittelausleihe eingespannt. Im Unterschied zum Modell der CDU-Fraktion bekommen die Schulen hierfür keinen finanziellen Ausgleich.“